Hat die Weimarer Verfassung versagt?

Von Anton Erkelenz

Der Weimarer Entschluß.

Wir stehen in dem hier schon vor zwei Jahren deutlich vorausgesagten zweiten Entscheidungskampf um die deutsche Republik. Außer vielleicht für die damalige Demokratische Partei war für niemand die Weimarer Verfassung ein Ziel an sich. Teils gingen die Wünsche nach einer Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse viel weiter; teilweise auch wurde die Weimarer Verfassung nur akzeptiert, weil nichts Besseres zu schaffen war. Was sich auch die drei Weimarer Parteien Verschiedenartiges bei der Weimarer Verfassung gedacht haben: sie haben damals einen großen historischen Entschluß gefaßt, sie haben diesem Entschluß die Form der heute noch gültigen Weimarer Verfassung gegeben und damit eine historische Tatsache geschaffen, die aus der deutschen Geschichte nicht mehr wegzustreichen ist. Es hat gelohnt, um die Weimarer Verfassung zu kämpfen, gelohnt in jenem edlen politischen Sinn, der uns alle in die Politik hineingeführt hat: das deutsche Volk und besonders seine minderbemittelten Schichten zu wachsender Reife und staatspolitischer Verantwortung zu führen.

Hat die Weimarer Verfassung wirklich versagt? Es ist nicht möglich, die Geschichte dieser vierzehn Jahre in einem Aufsatz gerecht abzuwägen. Aber auch in einen kurzen Aufsatz läßt sich genügend Material hineinlegen, um zu beweisen, daß die Weimarer Verfassung nicht versagt hat.

Wirtschaftskrisen — Staatskrisen.

Wirtschaftskrisen, wie wir sie jetzt durchleben, hält auf die Dauer keine Verfassung stand. Das würde gewiß nicht die Fehler der Weimarer Verfassung entschuldigen oder die falsche Handhabung. Hier handelt es sich zunächst um eine allgemein festzustellende Tatsache: Wenn die Völker in große Notzeiten hineinkommen, suchen sie die Ursachen der Not in der Form des Staates, in den Fehlern der Staatsverwaltung. Sie machen Revolution, weil sie glauben, dadurch die Not beheben zu können. Wenn es heute noch eine Monarchie gäbe, die die ungeheuern Lasten des Weltkriegs zu verantworten hätte und nun noch in eine solche gewaltige Wirtschaftskrise geraten wäre, so würde diese Monarchie heute weggefegt werden. Selbst in den verhältnismäßig harmlosen Deflationszeiten des vorigen Jahrhunderts, zwischen 1830 und 1860, hat das preußische Königtum immer gewankt, und Wilhelm I. als König von Preußen hat oft den Entschluß gefaßt, abzudanken. Am Weltkrieg selbst, an der Tatsache, daß wir diesen Krieg verloren haben, an den schweren Mißhandlungen, die uns aus Anlaß des Versailler Vertrags zuteil wurden, auch an gewissen Irrtümern der deutschen Politik selbst (Zollunion, unzureichende Politik gegenüber Frankreich) ist auf keinen Fall die Weimarer Verfassung schuld.

Schmerzen des Wachstums.

Republik, Demokratie und Weimarer Verfassung waren für das deutsche Volk ein neues Gewand, eine neue Lebensform, in die es erst hineinwachsen muß. Alle alten demokratischen Länder haben eine zum Teil jahrhunderte dauernde Erziehung zur Demokratie durchgemacht. Man kann feststellen, daß alle Völker, die zur Demokratie gelangen, in den ersten Jahrzehnten ihres demokratischen Daseins, fast alle dieselben Fehler machen, die andre Länder hundert oder zweihundert Jahre vor ihnen gemacht haben. Erst in der Schule der Demokratie lernen die Völker das Werkzeug der Demokratie handhaben. Von dieser Lehrzeit kann sie niemand befreien. Die politische Klugheit besteht nur in der Einsicht, zu erkennen, daß diese Lehrjahre notwendig sind. Das deutsche Volk muß in die demokratische Staatsform hineinwachsen. Es braucht dazu Zeit und Erfahrung. Aber diese Schmerzen sind wie das Zahnen bei den Kindern, Schmerzen des Wachstums, des Größer-, des Reiferwerdens.

Das Volk wählt das Parlament.

Schließlich ist das Parlament nichts andres als der Widerspiegel der im Volke lebenden geistigen und gesellschaftlichen Kräfte. Von einem Parlament zu verlangen, daß es reifer, verständiger, weitsichtiger sei als das Volk, das es gewählt hat, ist offenbar Unfug. Wenn die Wähler der republikanischen Parteien sich bemühen, ein Parlament zu schaffen, das arbeitsfähig ist — was können sie dafür, wenn gleichzeitig Nationalsozialisten und Kommunisten sich bemühen, das Parlament arbeitsunfähig zu machen? Alle Fehler, die im Parlament gemacht werden, führen sich letzten Endes auf die Fehler zurück, die im Volke selbst gemacht werden. Die Verfassung ist nur ein Kleid, ein Werkzeug, das erst entscheidende Bedeutung erhält durch die Hand und durch den Geist, der es führt.

Parteiwesen.

Wir sind in den demokratischen Staat hineingegangen mit dem Parteiwesen der Vorkriegszeit, mit dem verantwortungslosen Parteiwesen des wilhelminischen Halbfeudalismus. Der Versuch, kurz nach der Revolution nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich neue Parteien zu bilden (Demokratische Partei, Deutschnationale Partei), ist an der Unreife der Wählerschichten für diese Parteien gescheitert, mußte scheitern, weil die Demokratie erst im Kampf zum untrennbaren innern Bestandteil der Staatsbürger wird. Wenn die Parteien der Mitte jetzt verschwunden sind, so ist das in einer Hinsicht bedauerlich. Wenn dabei auch gewiß noch andre Gründe mitsprechen, so ist einer der Hauptgründe doch der, daß das deutsche Parteiwesen sich den Notwendigkeiten und Zwangsläufigkeiten der demokratischen Regierungsmethode anpaßt. Es ist Hitlers historische Aufgabe, die Mittelparteien zur Auflösung zu bringen, damit aus dem Chaos eines Tages ein Gebilde entsteht, das als rechtsstehende republikanisch-demokratische Bewegung der Gegenspieler der linksrepublikanischen Parteien wird. So schmerzlich dieser Prozeß auch ist, soviel Schicksal und Schuld hier auch zusammenfließen —, im ganzen ist dieser Prozeß ein Fortschritt.

Ein Parlament mit fünfzehn Parteien, mit kleinen und kleinsten Gruppen, kann auf die Dauer nicht das Werkzeug der Demokratie handhaben. Ein großer Teil der Fehler und Mängel der letzten vierzehn Jahre erklärt sich aus der zu großen Anzahl von Parteien. Wer, wie der Schreiber dieses, jahrelang alle Regierungen mitgebildet hat, weiß, wie schwer es ist, wenn fünf oder sechs Parteien in verschiedenen Zimmern über ein und dieselbe Frage verhandeln und abstimmen. Das führt selbst bei bestem Willen aller Beteiligten zu den größten Reibungen. Das ist aber nicht, wie gesagt, eine Schuld der Verfassung, sondern eine Schuld der Menschen und Parteien, die die Verfassung handhaben. Sie lernen und sie haben gelernt. Solange der Wähler allerdings immer noch auf neue Parteien und neue Versprechungen hineinfällt, ist dieser Lehrkursus noch nicht bis an die Wähler herangekommen.

Gute Gesetze gemacht.

Der Deutsche Reichstag hat in den vergangenen vierzehn Jahren eine große Anzahl guter, teilweise sehr guter Gesetze fertiggemacht. Ueberhaupt ist in der Beratung von Gesetzentwürfen der Reichstag seit 1918 sicher nicht weniger leistungsfähig gewesen als der Reichstag von vor 1914. In jeder Fraktion gab es für alle Fragen sehr gute Sachverständige, die in nie ruhender Arbeit dem Gesetz die bestmögliche Form zu geben versucht haben.

Krieg und Verfassung.

Kann man Verfassung oder Parlament verantwortlich machen für die verzweifelten Aufgaben, die einem Volk gestellt sind, wenn es einen so gewaltigen Krieg verloren hat? Frankreich ist über die Folgen des Krieges von 1870 schneller hinweggekommen, und es hat sich auch mit mehr Elan bewegt. Aber vielleicht sieht das auch nur aus der Ferne so aus. Jedenfalls war Frankreich nach 1871 nicht entfernt so verwundet wie Deutschland nach 1918. Die auswärtige Politik, die die Weimarer Koalition in jenen Jahren betrieben hat, war richtig, war die einzig mögliche, und keine andre Partei hätte eine andre Politik treiben können. Wenn es dem Rechtsradikalismus gelungen ist, weiten Kreisen des Volkes klarzumachen, daß man mit mehr nationalem Wortschwall mehr hätte erreichen können, so ist das höchstens ein Zeichen für die seelische Erkrankung oder die geistige Beschränktheit der Leute, die das glauben. Ob im einzelnen in dieser Hinsicht Fehler gemacht wurden, ob Führer möglich gewesen wären, die die große Masse des Volkes in dieser Frage enger hätten zusammenfassen können, ist angesichts des geistigen, seelischen und wirtschaftlichen Zustandes des deutschen Volkes in diesen Jahren außerordentlich fraglich.

Finanzpolitik.

Ernsthafte Fehler sind vom Parlament nur gemacht worden in der Finanzpolitik. Die deutschen Politiker haben nicht früh genug die zentrale Bedeutung gesunder Finanzpolitik für die Erhaltung eines Staatswesens erkannt. Das liegt aber zum Teil daran, daß es zwischen 1924 und 1931 keinen Reichsfinanzminister gegeben hat, der dem deutschen Volke mit rücksichtsloser Offenheit die Wahrheit über die Finanzlage gesagt hat. Es ist eine Tatsache, daß die große Mehrzahl der Parlamentarier den Ernst der deutschen Finanzlage erst im Jahre 1931 erkannt haben. Ich habe zu dem engern Kreis von Parlamentariern gehört, die sich mehr als die andern bemüht haben, dauernd den Ueberblick über die Reichsfinanzen zu behalten. Das ist aber für den einzelnen Abgeordneten immer sehr schwer. Hier hat die rückhaltlose Offenheit des Finanzministers die entscheidende Bedeutung. Die verschiedenen Finanzminister jener Jahre können für sich als mildernden Umstand geltend machen, daß gerade im Reichsfinanzministerium der Minister so oft gewechselt hat, daß er in seinem eignen Hause nie warm wurde. Man sollte für die Zukunft daraus die Lehre ziehen, daß man einen guten Finanzminister längere Jahre in seinem Posten halten muß.

Fraktionspolitik.

Die Demokratie soll für den allzuoft eintretenden Wechsel der Ministerien verantwortlich sein. Wir haben in Deutschland zwar viele Kabinettswechsel, aber erheblich viel weniger Ministerwechsel gehabt (außerhalb des Reichsfinanzministeriums). Als dem deutschen Volke im Jahre 1918 die Demokratie in den Schoß fiel, glaubten weite Kreise, daß nun alles in langen Sitzungen parlamentarisch ausgepaukt werden müsse. Man hat in jenen Jahren das satirische Wort geprägt: Die eine Hälfte Deutschlands berät in Sitzungen, die andre Hälfte spekuliert an der Börse. Diese Beratungswut, die im wesentlichen äußerlich war, hat schon längst einer viel gesunderen Auffassung Platz gemacht. Wir beginnen, die Klarheit zu gewinnen, daß Demokratie nicht darin besteht, daß jeder über jedes mitredet. Diese Sitzungsseuche gehört zu den Kinderkrankheiten der Demokratie. Und das gilt auch für die Fraktionen des Reichstags. Sie hatten eine kindliche Lust, in allen Regierungshandlungen mitwirken zu wollen. Diejenigen Parteien, die die schwersten Gegner der Demokratie waren, machten diesen Fehler am meisten. Nur eine einzige Fraktion hat bisher einen Minister durch Fraktionsabstimmung gewählt: das war die deutschnationale Fraktion, als sie den Abgeordneten Dr. h. c. Koch zum Reichsverkehrsminister machte. Das war der Gipfel der demokratischen Spielerei.

Ein schwerer historischer Fehler.

Wenn der Reichstag auf Grund der Weimarer Verfassung einen entscheidenden Fehler gemacht hat, dann war es der, daß man je damit angefangen hat, mit Notverordnungen zu regieren. Der Fehler wurde ja bis 1923 öfter gemacht, ließ sich aber aus den damaligen Zeiten immer noch einigermaßen begreifen. In den Jahren 1926 bis 1927 hat der Schreiber dieses als der damalige Führer der demokratischen Fraktion von dem damaligen Reichskanzler Marx und dem damaligen Minister des Innern namens der demokratischen Fraktion immer wieder schriftlich und mündlich aufs schärfste verlangt, daß ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 geschaffen werde, um den fernern Mißbrauch dieses Artikels zu verhindern. Reichskanzler und Minister haben uns damals die schönsten Versprechungen gemacht, sie aber nicht gehalten. Die erste Notverordnung des Reichskanzlers Brüning war ein gefährlicher Schritt auf einem falschen Wege. (Siehe hierzu den Aufsatz „Auf schwindligen Pfaden" in Nr. 51. 1930). Es klingt durchaus glaubhaft, daß schließlich selbst der Reichspräsident gegen dieses Notverordnungssystem sich innerlich gewehrt hat. Die Notverordnungen unterhöhlten den Gedanken der Verfassung, den Gedanken der Heiligkeit des Rechts. Sie unterwühlten damit die Festigkeit des ganzen Verfassungsgebäudes. Der Reichstag hätte diesem System Widerstand leisten sollen. Der große historische Irrtum aber lag bei denen, die glaubten, man könne auf diesem Wege zu einer stabileren Regierung kommen. Die „präsidialen" Kabinette sind bisher nicht stabiler gewesen als die demokratischen. Die Notverordnungspolitik war kein Fehler der Verfassung. Denn in der Verfassung selber ist keinerlei Grundlage für eine so weitgehende Ausnutzung des Notverordnungsrechts gegeben. Der Artikel 48 ist in Weimar bewußt eng gefaßt worden. Zum mindesten bis zur Auflösung des Reichstags 1932 war eine unbedingte Notwendigkeit, mit Notverordnungen zu regieren, nicht gegeben. Der Reichstag war, wenn auch beschränkt, arbeitsfähig. Die Parteien der Brüning-Mehrheit hatten noch eine unbegrenzte Arbeitsbereitschaft und einen Aufopferungswillen. Von allen Fehlern, die gemacht worden sind, war das System der Notverordnungen der schwerste, und es wird Jahrzehnte dauern, bis wir diese prinzipielle Erschütterung des Verfassungsgedankens überwunden haben.

Nicht die Verfassung von Weimar hat versagt, sondern in einigen Punkten haben die Menschen versagt. Das übrigen taten Not und Elend. Die gemachten Fehler sind nicht größer, als sie in allen Ländern vorgekommen sind. —

Das schwarzweißrote Herz

Neulich morgen
hatte ich bei Müllbergers was zu besorgen.
Ich muß bekennen: ich war schokiert,
ich wurde ins Zimmer komplimentiert.
Da lag ein Sofakissen (das war Sache),
drauf stand gestickt: „Deutschland, erwache!"
Daneben 'ne Schlummerrolle ich fand,
worauf: „Deutschland über alles" stand.
Auf einem Kaffeewärmer loht:
„Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot!"
Und solch eine Fahne stickte Suse
Müllberger grade in ihre Bluse.
Männe, der Dackel, mit krummen Waden
trug: „Ich hatt' einen Kameraden"
im schwarzweißroten Band stolz am Hals.
Jedenfalls habe ich nicht im Dunkeln getapft,
was hier für Politik wird verzapft . . .

Und dann passierte folgendes hier:
Es klingelte an der Wohnungstür,
und erbarmenerweckend bot ein Mann,
ein Kriegskrüppel, Zwirn und Knöpfe an . . .
Ich dachte bei mir: „Du hast heut Glück,
mein Freund, denn du behältst nicht ein Stück
von deinem Kram, wie die Schachtel bloß,
die leere, an Müllbergers wirst du alles los;
denn Müllbergers sind noch gut gestellt,
sie haben noch Geld.
Sie feiern die „Helden", sie sind schwarzweißrot —,
und dich, dich schoß man im Krieg beinahe tot . . .
Nun freu dich! Da hör' ich Frau Müllberger sagen:
„Das ist schon nicht mehr zu ertragen,
die Bettelei von diesem Gesindel!
Kriegskrüppel? Ist doch alles bloß Schwindel!
Machen Sie, daß Sie weiterkommen!"
Das war alles, was ich vernommen;
denn ich schob die verblüffte Frau zur Seite
und suchte das Weite . . .
Und nie wieder bin ich dort hingegangen. —

Aber den Kriegskrüppel hab' ich noch abgefangen,
und habe ihm, was ich entbehren konnt', eben
gegeben.

Rose Flanz

Auf Vorposten

Eine Kriegserinnerung von J. Lohse

Etwa 500 Meter vor unserm vordersten Graben lag eine Kette kleiner Anhöhen. Einsam und verlassen, wie von aller Welt verstoßen, lagen sie da. Keiner legte Wert auf ihren Besitz. Die Russen hatten es vorgezogen, sich jenseits der Höhen eine feste Stellung hinter einem ausgedehnten Sumpf auszubauen. Wir hatten es für ratsamer gehalten, uns eine solche diesseits derselben anzulegen, verborgen hinter Kiefern und Fichten. Auf den Hügeln hätten wir eine Stellung, wenn überhaupt möglich, nur unter ständig großen Opfern halten können. Merktafeln mit entsprechenden Kennzeichen, von uns auf ihren Gipfeln vorgefunden, hatten uns ihren gefährlichen Charakter offenbart. Dort hätten wir uns buchstäblich auf den Zielscheiben der schweren russischen Festungsartillerie präsentiert, auf die diese zweifellos mit unfehlbarer Sicherheit eingeschossen war. Wir hielten sie deshalb nur durch unsre Vorposten besetzt und hatten zu deren notwendigstem Schutz die Abhänge mit einem niedrigen, im hohen Grase kaum sichtbaren dichten Stacheldrahtnetz überzogen.

Seit einigen Nächten wurde dort oben emsig gearbeitet. Abend für Abend zogen unsre Kolonnen hinaus, um auf den Gipfeln tiefe Gräben auszuheben. Was es hiermit für eine Bewandtnis hatte, wußte sich niemand zu erklären. Erst als eine Kompanie Pioniere große, mit schweren Kapseln verschlossene eiserne Flaschen herbeizuschaffen anfing, kam es heraus, und zwar etwas ganz Neues und Unerwartetes. Man wollte den Feind mit giftigen Gasen angreifen!

Unter ständiger Besorgnis verrichteten wir die Arbeit und, um dem Feind unser Tun und Treiben möglichst lange zu verbergen und sein Artilleriefeuer nicht auf uns zu lenken, ebneten wir jede Nacht vor Morgengrauen die frisch aufgeworfene Erde und deckten sie mit Grassoden sorgfältig wieder zu. Dies Täuschungsmanöver schien zu gelingen; der Feind ließ wie sonst die Höhen unbehelligt. Eines Nachmittags aber nahm er sie völlig unerwartet und unvermittelt unter ein heftiges Feuer und ein großer Teil der Gräben wurde zugedeckt oder fiel durch die Gewalt der Explosionen wieder in sich zusammen.

Von neuem mußte an die Arbeit herangegangen werden. Bis spät in die nächste Nacht hinein blieb es völlig ruhig, und wir gefielen uns schon in dem Gedanken, daß die Beschießung vom Nachmittag nur eine zufällige gewesen sei und es damit sein Bewenden haben würde. Dann aber erfolgte urplötzlich ein zwar kurzer, aber äußerst heftiger Feuerüberfall, der uns mehrere Tote und Verwundete kostete. — Der folgende Tag blieb ruhig. Um so aufgeregter wurde die nächste Nacht. Wir hatten kaum zu graben angefangen, als auch schon am fernen Horizont zahllose Mündungsfeuer aufblitzten. Krachende Donnerschläge rollten dröhnend, in rasender Folge sich fast überschlagend, in die Weite. Und eine Welle zentnerschwerer, explosiv geladener Eisenklumpen kam mit Orkansgewalt dahergebraust und ging, unter sprühenden Gluten zerplatzend, mit erschütterndem Getöse auf ein großes Gebiet unsrer Stellung nieder. Wie ein verpuffendes Feuerwerk krachten noch einige vereinzelte Schüsse, und alles verstummte vor dem entsetzlichen Schreien und Wimmern der Getroffenen. Noch ehe aber unsre Aufregung sich gelegt, brach eine neue Salve über uns herein, und in ungleichmäßigen, bald sehr langen, bald kürzern Abständen entluden sich über uns die berstenden Eisenmassen oder hielt uns das Störungsfeuer einzelner Geschütze in Atem.

Diese unberechenbare und aufreibende Taktik des Beschießens setzte der Feind noch eine Reihe von Nächten fort. Dann stellte er sein Feuer gänzlich ein und begann eine rege Patrouillentätigkeit zu entfalten. Das zwang zu Gegenmaßnahmen, und allabendlich gingen auch von uns starke Patrouillen ins Vorgelände. Zu Zusammenstößen war es bisher nicht gekommen. Heute abend war nun unsre Gruppe an der Reihe. Das war an sich nichts Sonderliches. Als uns jedoch eröffnet wurde, daß in dieser Nacht nur wir allein hinausgehen und bis zum Morgen ohne Ablösung draußen bleiben sollten, waren wir doch recht nachdenklich gestimmt. „Es muß einmal gehen", wurde uns gesagt, „heute nacht sollen so schnell wie nur irgend möglich von den Pionieren die 2000 Giftflaschen eingebaut werden. Die ganze Kompanie, bis auf die notwendigsten Posten, muß dabei helfen. Seid doppelt wachsam und unterlaßt das Schießen! Nur bei wirklich ernster Gefahr Warnungsschüsse abgeben und sich zurückziehen. Geht zwecklosen Plänkeleien geschickt aus dem Wege!"

Damit waren wir bis zum Abend entlassen.

Mit einbrechender Dunkelheit verließen wir unsre Stellung und schlichen durch den Laufgraben hinaus ins Freie. Schon bald erblickten wir durch das Unterholz hindurch die Anhöhen. Deutlich hoben sie sich in schwarzen Umrissen vom nächtlichen Himmel ab. Uns allen war wenig behaglich zumute. Nur wenig Worte wurden gewechselt, und geräuschlos stiegen wir bergan.

Die oben anwesenden Tagesposten erstatteten flüsternd Bericht:

Links in dem Wäldchen, das in seinen Ausläufen fast bis an die Kuppe des neben uns liegenden Hügels heranreichte, hatten die Russen eine neue Sappe ein beträchtliches Stück weiter vorgetrieben und außerdem die Stämme der Kiefern zu einem starken Stacheldrahtverhau ausgenutzt. Rechts in dem Ellernwald, auf dem feuchten, schon etwas sumpfigen Grunde, hatte man im Morgengrauen eine feindliche Patrouille abziehen sehen. Im Vordergrund aber, am Fuße unsers Hügels, war nichts Auffälliges bemerkt worden. Die alten verfallenen Schützengräben, einst von uns dort angelegt, aber wieder verlassen, weil bei der Schneeschmelze die zu Tal stürzenden Wassermassen alles zu ersäufen drohten, lagen unverändert da. Und gleichsam ausgestorben, wie immer, lag im Hintergrund, inmitten eines kleinen Dorfes auf einer Erhebung am Rande des Sumpfes, die russische Vorpostenstellung da, in welche unsre Posten von den Anhöhen aus fast hineinsehen konnten. Nur hin und wieder verrieten niedergehende Brunnenbäume oder vereinzelte dünne Rauchsäulen die Anwesenheit des Feindes.

Wir waren im Bilde. —

Auf allen vieren krochen wir über die Kuppe der Anhöhe hinweg und langsam durch die schmalen Gänge des Drahtverhaues hindurch. Dann verteilten wir uns: zwei Mann geradeaus, drei Mann links seitwärts in Richtung auf die neue Sappe, und drei Mann rechts gegen den Ellernwald im Grunde. Hinter uns, im Mittelpunkt unsers Halbkreises, folgte unser Führer und gab flüsternd seine Anweisungen. Vorsichtig und immer langsamer ging es weiter und weiter den Abhang hinunter in die zunehmende Finsternis hinein. Immer weiter rückten wir voneinander ab. Einsam wurde es um jeden einzelnen und still, totenstill. Nichts regte sich. Zuweilen nur rauschte es im hohen Gras. Auch ich war jetzt allein in der Finsternis und um mich herum Grabesruhe. Langsam und scharf spähend und lauschend schlich ich weiter und weiter ins Ungewisse hinein. Bald knackte es hier, bald dort ganz leise und ließ mich erschreckt immer wieder aufhorchen und atemlos lauschen. — Schlich da irgendwo jemand an mich heran? — Ging es nicht eben wie ein heimliches Schlürfen durch das Gras? — Nein . . ., war nichts. . . Vorsichtig weiter . . ., weiter . . . und weiter. Pause. Angespanntes Spähen und Horchen. — Weiter . . ., weiter. Verhalten. Weiter, jede Bewegung, das Aufsetzen der Hände, das Nachziehen der Knie, ersterbend langsam und unhörbar leise ausführend. Weiter . . ., immer weiter an die feindliche Sappe heranschleichend wie ein Raubtier. . . Pause. . . Noch weiter? Nein. Lange Pause. Nach langem Abwarten wieder weiter. . . Knackte da nicht wieder etwas? . . . Nein. Nichts ließ sich vernehmen. War weiteres Vordringen ratsam? Eine Weile überlegte ich noch, kroch noch einige Schritte äußerst behutsam weiter und ließ mich vorsichtig im Gras nieder und begann aufmerksam meine dunkle Umgebung mit den Augen abzusuchen und zu mustern. Nichts konnte ich deutlich erkennen; alles verschwamm in der Dunkelheit. Und meine beiden Nebenmänner? Ich konnte sie nicht erspähen. Erst nach langem Suchen glaubte ich links von mir in einiger Entfernung die hingestreckte Gestalt eines meiner Kameraden zu sehen. —

Die Zeit verging. Nichts unterbrach die Stille, die Grabesruhe. Vereinzelte Sterne am bewölkten Himmel.

Totenstille und schwarze Nacht.

Manchmal ein verlornes Rauschen des hohen Grases im leise tändelnden Winde. Dann wieder Stille und tiefe Einsamkeit. Kalt lief es einem manchmal über den Rücken.

Den feindlichen Sappenkopf konnte ich noch nicht erkennen. Es verbarg ihn noch das undurchdringlich schwarze Dunkel der Kiefern, die streng und abweisend mit finstern Häuptern vom nächtlichen Himmel herabsahen. —

Die Zeit schien stillzustehn. Immer noch herrschte die gleiche Dunkelheit; nichts änderte sich. Der Wind hatte sich vollends gelegt und alles Leben hielt beklommen den Atem an. Regungslos standen Halm und Strauch. Selbst die hohen Margueriten vor mir im Gras, deren weiße Blüten durch die Nacht schimmerten und oft einander gewichtig zunickten, wagten sich nicht mehr zu rühren.

Wie lange wohl mochte ich schon draußen gelegen haben? Ellbogen und Arme schmerzten schon vom langen Aufstützen. Abwechselnd legte ich mich bald auf die eine, bald auf die andre Seite.

War es mir nicht eben, als hörte ich hinter mir meinen Namen flüstern? Ich horchte gespannt . . . ja, jetzt hörte ich ihn ganz deutlich.

„Hier!" gab ich flüsternd zurück.

Pause. Dann leises Rauschen im Gras.

„Wo stecken Sie denn eigentlich? Man kann Sie ja gar nicht finden!" sagte näherkriechend der Mann, den ich jetzt als unsern Führer erkannte.

„Sie sind ein bißchen reichlich weit vorgegangen", sagte er und kroch dicht an mich heran, „haben Sie schon irgend etwas Verdächtiges bemerkt?"

„Nein, nicht das geringste."

„Die andern Posten auch nicht", erwiderte er, „es scheint alles ruhig zu bleiben." Dann schwieg er, und eine Weile spähten wir beide in die Dunkelheit. Nichts regte sich.

„Wie spät mag es schon sein?" fragte ich plötzlich, einer innern Eingebung folgend.

„Noch nicht ganz Mitternacht", sagte er zu meiner Ueberraschung, denn ich hatte eine spätere Zeit vermutet, „aber es wird ja jetzt schon früh Tag. In etwa zwei Stunden schon, sobald der neue Tag graut, werden wir uns zurückziehen. — Ich gebe rechtzeitig Bescheid." (Fortsetzung folgt.)

So achten sie die Verfassung!

Es war einmal . . .

Es war einmal in einer Bezirksstadt in Sachsen Verfassungsfeier. Laut Vorschrift waren die Behörden gezwungen, diese Feier zu veranstalten. In Orten mit republikanischem Geist wurden derartige Feiern so gelegt, daß die Bevölkerung, soweit sie sich als Freunde des Werkes von Weimar bekannten, daran teilnehmen konnte.

Anders in dieser Bezirksstadt in Sachsen. Hier war man bemüht, so unauffällig wie möglich diese „vorgeschriebene" Feier vorübergehen zu lassen. Man blieb „unter sich" und konnte sich daher ohne Bedenken bei einer solchen Feier von einem Studienrat einen Vortrag über „Die geologische Struktur der näheren Heimat" halten lassen.

Und wieder war Verfassungstag. Die Wirtschaftslage hatte sich für die Bevölkerung, die treu zur Republik steht, bös verschlechtert. Viele Reichsbannerkameraden waren arbeitslos. Pünktlich zur angesetzten Zeit fand sich daher eine Abteilung Reichsbanner mit der ach so „beliebten" schwarzrotgoldenen Fahne bei der amtlichen Feier ein und stellte sich vor dem Rednerpult auf. Die Beamten der Bezirksstadt machten zunächst ganz verdutzte Gesichter. Wie Oelgötzen standen sie da in ihren Bratenröcken und konnten sich nicht satt sehen; an dem schönen Farbenspiel der Reichsflagge.

Endlich ermannte sich die „Spitze" der anwesenden „republikanischen" Beamten. Mit stolzem Offiziersschritt ging er auf die Fahnengruppe zu und fragte verlegen, wer sie eingeladen habe. „Wir selbst! Wir glaubten, daß die Verfassungsfeier der republikanischen Behörden öffentlich sei", war die Antwort. — „Ja, meine Herren, so ist das nicht. Wenn ich das gewußt hätte, dann hätte ich die andern Wehrverbände, Stahlhelm usw. auch eingeladen. Nun in Zukunft weiß ich Bescheid!" So fand zum erstenmal die Verfassungsfeier der republikanischen Behörden jener Bezirksstadt mit den Farben der Republik statt.

Und es sollte das letztemal sein — vorläufig. Denn schon am Abend beriet man in den Spitzen der betreffenden Behörden darüber, wie man es bei der nächsten Verfassungsfeier machen wollte. Ein positives Ergebnis kam nicht zustande.

Das Jahr ging herum. Und wieder Verfassungstag! Fast alle diese republikanischen Beamten hatten sich in den politischen Kämpfen des Jahres mit bemüht, das Werk von Weimar zu zerstören. Man war zu Nazi-Volksentscheiden gelaufen, der NSDAP. beigetreten, hatte Hitler und abermals Hitler gewählt. Alles vergebens. Die Verfassungsfeier mußte wieder stattfinden.

Am Abend vorher trafen sich die Spitzen abermals. Man wollte wissen, wie man sich dieses Jahr verhält — wenn die schwarzrotgoldene Fahne erscheinen sollte. „Meine Herren", sprach das Oberhaupt, „die Sache ist von mir aus bereinigt worden. Ich habe dem Reichsbanner Schwarz-Rot-eh-eh-Göld — durch Brief mitteilen lassen, daß die Verfassungsfeier der republikanischen Behörden nicht öffentlich ist. Ich glaube dadurch im Sinne aller gehandelt zu haben." Ein allgemeines Aufatmen ging durch die Reihen der anwesenden „Republikaner". — Beim Nachhausegehen unterhielt sich dann der Herr Amtsrichter mit dem Vorsteher des Finanzamtes darüber, ob man denn zur Feier das Hoheitsabzeichen der NSDAP. ablegen müsse. — Die Feier war nicht öffentlich. Das Programm ist aus den Amtsstuben nicht herausgekommen.

Aber am Abend fand im Volkshause eine öffentliche Verfassungsfeier statt, zu der um so zahlreicher die Republikaner erschienen waren, um feierlich das Gelöbnis abzulegen: „Weimar, trotz alledem!" —

*

„Vorbildliche" Verfassungsfeier.

Eigenartig war die Verfassungsfeier, die sich das staatliche Bad Elster (Sachsen) leistete.

Ein Musikstück. Badedirektor Oberregierungsrat (!) Paul hielt dann die „Verfassungsrede". Er las ab: „Am 11. August 1919 schuf man die Verfassung." Unter ihr hatte er drei große Eindrücke: Frühjahr 1919 in Berlin keine Droschke zu haben, man erstürmte den „Vorwärts" usw. 1926 im Saargebiet französische Soldaten: Feind auf deutschem Boden. 1927 im Rheinland die Separatisten. „Immerhin ist die Verfassung der Grundstein des Wiederaufbaus." Dauer der Rede genau drei Minuten. Das Wort Republik kam nicht vor. Drei Strophen Deutschlandlied. Alles setzte sich wieder und wartete, bis ein Kurgast laut „Aus!" rief. Die Feier war beendet. Eine Feier wie zehntausende in Deutschland. . . .

„Fürs Dritte Reich, bitte!"
„Mein Drittes Reich hab' ich schon hinter mir."

Naziskandal in den Ostseebädern

Aus Ahlbeck schreibt man uns:

In der letzten Juniwoche prangten eines Tages am offiziellen Kurhaus des Seebades Ahlbeck Plakate mit der Aufschrift: „Militärkonzert des Musikzuges der SA Standarte 24, Stargard." Der Republikaner, der schon maßlos verärgert durch die andauernden Provokationen der Nazifähnriche in den Sandburgen, liest es und will es nicht glauben. Einheimische Reichsbannerkameraden geben Aufklärung. Die Herren Hitlertrompeter hatten die Frechheit gehabt, nicht mehr und nicht weniger als die Freigabe des offiziellen Kurparks zu verlangen; da aber in Ahlbeck schließlich auch so mancher Republikaner seine Erholung sucht, glaubten die Herren Dezernenten diese Forderung ablehnen zu müssen, trotzdem es ein offnes Geheimnis ist, daß die Badeverwaltung zum Teil aus Hitlergläubigen besteht. Die Nazis mieteten sich nun den offiziellen Kursaal, der von einem Herrn Puffler bewirtschaftet wird. Schon am Vormittag des Konzerttages erlebte ich ein köstliches Stücklein. Kommt da eine phantastisch uniformierte Bläsergruppe von fünf Mann den Strand entlang und spielt das Horst-Wessel-Lied. Anschließend schwärmt die Gruppe aus und hält an den Strandkörben die Hand auf. Zu mir kommt auch einer, den ich sofort frage, ob er schon ein Vorbote der Nazikapelle aus Stargard sei. Das wird verneint, die Uniform habe man „nur so" zum Spielen. „Ja, aber Sie spielen doch das Horst-Wessel-Lied?" „Das war extra bestellt, lieber Herr." „So, na, dann spielen Sie mal den Reichsbannermarsch, und ein Taler gehört Ihnen." Mit langem Gesicht erklärte mir der Mann, daß man „den nicht habe". Meine nun folgende, durch passende Gebärden und Reden unterstützte Empfehlung, schleunigst meine Burg zu räumen, muß so drohend gewesen sein, daß der Herr Konjunkturbläser das Hasenpanier ergriff und beinahe die Trompete verlor.

Am Nachmittag des Konzerttages ließ es sich die inzwischen eingetroffene Nazikapelle nicht nehmen, ein Kaffeekonzert in dem direkt am Strande gelegenen Garten des „Kurpark-Hotels" vor dem Strandkino zu veranstalten. Das laute Geräusch lockte zahlreiche Kinder an, die sich hinter dem Rücken des Herrn Kapellmeisters, eines martialisch aussehenden ehemaligen Musikfeldwebels von den Kasseler Preußen, mit Taktschlagen vergnügten. Eins war zunächst erreicht: die Ruhe der in den Strandkörben Erholung suchenden Badegäste war erheblich gestört, denn noch gehört das Horst-Wessel-Lied nicht zum Kurgebrauch. Am Abend ging es dann ganz groß los. Im Vorgarten des offiziellen Kurhauses wurde mit Fanfaren und Kesselpauken Reklame gemacht, wobei man sich unwillkürlich an die Werbemethoden der Ausschreier vor den Jahrmarktsbuden erinnern mußte. Wenige folgten der Einladung zum „deutschen Tanz", dagegen hatten sich auf der Hauptstraße zahlreiche Reichsbannerleute und republikanische Badegäste eingefunden, die in nicht mißzuverstehender Weise ihrem Unmut Ausdruck gaben. Immer wieder hörte man: Die in Ahlbeck zahlreich organisierten Reichsbannerleute müssen nach zehnmonatiger Arbeitslosigkeit in den zwei Saisonmonaten so hart um ihr Stückchen Brot kämpfen, daß sie dem braunen Terror nicht mit den gleichen Propagandamitteln entgegentreten können. Hier muß die Hilfe aus der Großstadt kommen! Die Hitleranhänger werden mit einem Lastauto die Küste entlang befördert (am Vortag zum Beispiel spielte die SA.-Kapelle 24 in Swinemünde), haben ihr Essen und Trinken und verbinden mit der angenehmen Beschäftigung des Geldverdienens noch eine terroristische Propaganda. Sie lungern in der Freizeit in den Notverordnungsjacken auf Wegen und Bänken und machen in ihrer Art mit Anrempeleien für das Dritte Reich Reklame. In Ruder- und Segelbooten fahren sie tagsüber auf dem Meere herum, grölen beim Landen hundertmal ihre Privathymne, um nur ja alle Andersdenkenden sehr auffällig auf ihre unerwünschte Anwesenheit hinzulenken.

Wir richten an den Herrn Bürgermeister Reifart von Ahlbeck die Frage, ob er nach diesen Ereignissen dem Etablissement des Herrn Puffler die Bezeichnung „offizielles Kurhaus" weiter belassen will und ob er in Zukunft eine derartige Brüskierung der Republikaner mit allen Mitteln zu verhindern gedenkt. Ebenso ergeht an den „Verband der Ostseebäder" die dringende Aufforderung, diese Provokationen zu verhindern oder sich die ungünstigen konjunkturellen Folgen selbst zuzuschreiben. An die Republikaner aber ergeht der Ruf: Seid auf dem Posten! Zeigt am Strande die Reichsfarben! Steht zu dem Ruf, den die Ahlbecker Republikaner zum nächtlichen Himmel aufbrausen ließen, als die Braunhemden mit Fackelbeleuchtung eines Hitlerbildes ihrem Tamtam den Abschluß geben wollten: Es lebe die Republik!

Die Stellung des Reichsbanners zum freiwilligen Arbeitsdienst

Von Dr. Hermann Schwanecke, Mitglied des Bundesvorstandes

Die katastrophale Entwicklung der deutschen wie der Weltwirtschaft hat seit einer Reihe von Jahren dahin geführt, daß in wachsendem Maße Millionen von Arbeitnehmern aus dem Produktionsprozeß geworfen und dadurch als Konsumenten dem Kreislauf der Wirtschaft entzogen worden sind. Selbst in den Zeiten der Scheinblüte, der „Hochkonjunktur" oder der „Prosperity" lagen Massen von Angestellten und Arbeitern in einem Ausmaß auf der Straße, wie man es früher nicht für möglich gehalten hatte. Die Tatsache allein, daß die Wirtschaftskrise weltweite Verbreitung besitzt, zeigt aber, daß es sich im Gegensatz zu frühern Krisen nicht um regionale Stockungen im wirtschaftlichen Blutkreislauf, sondern um tiefgehende Auflösungserscheinungen eines ganzen „Systems" handeln muß, denen mit einfachen herkömmlichen Mitteln nicht mehr zu begegnen ist. Mit Sätzen wie etwa: „Es wird alles schon wieder werden" oder „Frühere Krisen sind vorübergegangen, also auch diese" ist heute nichts mehr getan. Es muß endlich grundsätzlich an eine Reorganisation, an einen völligen Umbau der Wirtschaft herangegangen werden — eine Erkenntnis, die sich ja von Tag zu Tag stärker in den meisten Gehirnen durchzusetzen beginnt.

Die vielen Projekte und Pläne einer Lösung der wirtschaftlichen Verkrampfung liegen einmal in Richtung auf Einführung einer planvoll geleiteten, von der Gesellschaft gelenkten Produktion und Verteilung der Güter — Forderungen, die letzthin den Menschen wieder in den Mittelpunkt gesellschaftlichen Geschehens setzen und die Wirtschaft auf die ihr allein zukommende Rolle als Dienerin der Gesamtheit und des Fortschritts beschränken wollen (Sozialismus), und zum andern in Richtung einer Rückkehr zum freien liberalen Wirtschaftsbetrieb durch Wiederherstellung der Konkurrenz auf allen Gebieten, Zurückdrängung und Zerschlagung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft (Sozialgesetzgebung, Tarifwesen, staatliche Kontrolle usw.). Eine dritte Methode, die Krise zu beheben, ist in jenen Bestrebungen zu erblicken, die durch Einführung eines neuartigen Geldverkehrs das Heil gefunden zu haben glauben: „Schwundgeld, Festgeld, Federgeld usw."

Den meisten dieser Pläne, soweit sie nicht überhaupt abgelehnt werden müssen, ist aber eins gemeinsam, nämlich, daß sie nicht sofort Abhilfe schaffen können. Es ist ihnen weiter gemeinsam, daß ihnen, trotz ihrer Verschiedenartigkeit, die Einheitsfront aller jener gegenübersteht, die das Monopol für die Produktionsmittel wie Maschinen, Kapital und Boden innehaben und die auf Grund dieser Machtposition trotz zahlenmäßiger stärkster Unterlegenheit auch über den Staat und seine Machtmittel Verfügungsgewalt besitzen und diese Macht auch im Interesse ihrer Klasse und deren Stellung rücksichtslos ausnutzen. Die ausschlaggebende Herrengewalt jener Schichten (Schwerindustrie, Großgrundbesitz, Großbürgertum) ist aber in diesen Notzeiten nur zu halten, wenn es gelingt, erstens den Geist der Freiheit zu unterdrücken, der die Massen heute durchzieht, und zweitens Arbeitsmöglichkeiten in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen, damit das Existenzminimum nicht allzu stark unterschritten wird und daraus Revolten entstehen.

Für das erste, die Rückkehr zum Untertanenstaat wilhelminischer Prägung, geben die vielen Eingriffe in Presse- und Versammlungsrecht sowie manche andre Maßnahme der jüngsten Zeit Anhalt genug und sorgt außerdem die Schutztruppe der Kapitalisten, der Nationalsozialismus.

Für den andern Punkt, die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten, werden heute drei Wege empfohlen:

1. Die Arbeitsbeschaffung für den freien Markt durch staatliche und kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramme. Hier sind die frühern Regierungen unter maßgeblichem Einfluß der Gewerkschaften mit guten Vorarbeiten wegweisend gewesen. Was man jetzt plant, ist nur ein schwacher Abglanz dessen, was bereits früher vorgesehen war.

2. Die Arbeitsdienstpflicht. Diese Idee propagiert die Reaktion (in Anlehnung an die völlig anders gearteten wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Bulgarien) unter der geistigen und organisatorischen Leitung ehemaliger Offiziere. Die Arbeitsdienstpflicht soll nach dem Willen ihrer Erfinder eine Art brauner „Reichswehr" schaffen, die unter schärfster militärischer Disziplin — auch die Organisation ist entsprechend der Heeresorganisation rein militärisch gedacht! — sämtliche jungen Leute erfaßt und statt freie Menschen nur numerierte Untertanen aus ihnen macht, die auf Befehl von oben einschwenken, bei innerpolitischen Auseinandersetzungen als Schutzgarde auftreten und bei Wirtschaftskämpfen als Lohndrücker und Streikbrecher benutzt werden sollen.

3. Der freiwillige Arbeitsdienst. Die Idee des freiwilligen Arbeitsdienstes ist entstanden aus dem Bestreben vieler ehrlicher Ideologen, die aus dem Erleben gemeinsamen Arbeitens für die Allgemeinheit ein neues Gefühl der „Volksverbundenheit" erwecken wollen, und aus der Absicht andrer Realdenkender, der seelischen und materiellen Not der seit Jahren beschäftigungslosen Jugendlichen abzuhelfen.

Von seiten des Staates ist im vergangenen Jahre durch die 1. Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst der Versuch gemacht worden, unter Ablehnung jeglichen Zwanges eine Art wirtschaftlicher und geistiger Hilfe für die Jugend zu schaffen. Bestrebungen, aus diesen ersten Verordnungen eine Art Vorläufer für die Arbeitsdienstpflicht zu machen, scheiterten bisher an dem einmütigen Widerstand aller gewerkschaftlichen und politischen Arbeitnehmerorganisationen. Lediglich die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Wirtschaftsparteiler, in gemeinsamer Front mit Industrie und Spießbürgern, forderten einen Ausbau und Umbau des freiwilligen Arbeitsdienstes zu einer staatlichen Zwangsarbeiterorganisation.

Aus leicht verständlichen Gründen haben Gewerkschaften wie auch das Reichsbanner in der ersten Zeit ablehnend allen diesen Plänen gegenübergestanden. Sie erblickten mit vollem Recht eine wirkliche Hilfe für die Arbeitslosen nicht im freiwilligen Arbeitsdienst, sondern in einer grundsätzlichen Umgestaltung des heutigen Wirtschaftssystems. Die Tatsache aber, daß eine solche Umgestaltung nicht sofort durchzuführen ist, hat diese Organisationen veranlaßt, aus dem freiwilligen Arbeitsdienst das für ihre Angehörigen Zweckmäßige herauszuholen, d. h., hat sie dazu gebracht, ihre ablehnende Stellung in eine abwartende zu verwandeln. In Richtung dieser Entwicklung hat das Reichsbanner seit einigen Monaten positiv im freiwilligen Arbeitsdienst mitgearbeitet und haben schließlich folgende Organisationen sich zusammengeschlossen zu einer großen Reichsorganisation: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege. Der Name dieser Reichsorganisation lautet „Soziales Diensthilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend".

Was soll nun der freiwillige Arbeitsdienst? Er soll gemeinnützige und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für erwerbslose Jugendliche bis zu 25 Jahren auf Grundlage völliger Freiwilligkeit schaffen. Also: Gemeinnützig, zusätzlich, freiwillig — das sind die drei Grundprinzipien, von denen unter keinen Umständen abgewichen werden darf. Sämtliche Arbeiten für private Unternehmungen und privaten Verdienst sind verboten. Keine Arbeit darf geleistet werden, die auf dem Wege der freien tarifmäßigen Arbeit geleistet werden kann oder die Facharbeiter erfordert. Es darf niemals vorkommen, daß freien Arbeitern oder auch Notstandsarbeitern Arbeitsmöglichkeiten weggenommen werden, oder daß Arbeiten geleistet werden, für die normale Etatsmittel laut gesetzlichen Bestimmungen zur Verfügung gestellt sind, und es darf schließlich kein Druck auf die Erwerbslosen ausgeübt werden, daß sie gegen ihren Willen im freiwilligen Arbeitsdienst arbeiten.

Vom Standpunkt des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold müssen in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften, insbesondere mit dem ADGB., folgende Arbeiten als für den freiwilligen Arbeitsdienst ungeeignet ausscheiden und sind deshalb verboten:

Sämtliche Bauarbeiten, die Facharbeit erfordern (Maurer-, Betonier-, Gerüstarbeiten).

Sämtliche Straßenbauarbeiten, die Pflaster-, Beton-, Asphalt- oder Teerstraßen herstellen sollen.

Sämtliche fachlichen Forstarbeiten, die, wie z. B. Bäume fällen, langjährige Erfahrung erfordern oder gelernte Forstarbeiter brotlos machen.

Sämtliche Kanalisationsarbeiten, die Baufacharbeiten bedeuten: Verlegung von Röhren und Ummantelung.

Sämtliche Steinbrucharbeiten, die mit Schießen oder Sprengen zusammenhängen.

Als geeignet für den freiwilligen Arbeitsdienst sind dagegen zu bezeichnen:

Herrichtung von Feld- und Waldwegen, um bessere Fahr- und Abfuhrmöglichkeiten zu beschaffen.

Anlegung und Instandhaltung von Wanderwegen.

Instandsetzung von Dorfstraßen und deren Gräben.

Kultivierung von Moor-, Heide- und Oedland.

Unschädlichmachung von Sümpfen und Todwässern.

Planierungsarbeiten für Siedlungen.

Abräumen von Deckgebirge bei Steinbrüchen und Kiesgruben.

Einfache Regulierungsarbeiten an den Ufern von Bächen und Flüssen.

Meliorationsarbeiten in sumpfigen Wiesen.

Sportanlagen, Badeanstalten u. a.

Selbstverständlich steht das Reichsbanner auch positiv zu der Forderung einer kollektiven Selbsthilfe der jugendlichen Erwerbslosen. Es sollen bekanntlich hierbei in stilliegenden Betrieben Gegenstände des täglichen Gebrauchs, wie Kleidung, Schuhwerk und Hausgerät, von Erwerbslosen für Erwerbslose hergestellt und ausgebessert werden. Die Form von Jugendwerkstätten dürfte hierbei die angemessene sein (Lederer-Plan).

Zum Schluß möge noch auf zwei Punkte hingewiesen werden. Der eine ist: Man muß immer sich der Tatsache eingedenk bleiben, daß der freiwillige Arbeitsdienst stets nur ein Notmittel der heutigen Zeit darstellt und niemals, auch nicht in der Form von Arbeitsdienstpflicht, ein Allheilmittel sein kann. Um die furchtbare Krankheit der Arbeitslosigkeit beseitigen zu können, helfen nur grundsätzliche Eingriffe in das heutige völlig festgefahrene Wirtschaftssystem. Weiter muß darauf hingewiesen werden, daß alle irgendwie verfügbaren Arbeitsvorhaben niemals ausreichen werden, um für die Dauer eine wirklich ins Gewicht fallende Zahl von Arbeitslosen auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes wieder in Arbeit bringen zu können.

Zum andern darf niemals und bei keiner Stelle jemals das Gefühl aufkommen, daß das Reichsbanner, wenn es sich jetzt auch für den freiwilligen Arbeitsdienst als einer Notmaßnahme eingesetzt hat, jemals sich mit dem Gedanken einer Arbeitsdienstpflicht befreunden könnte. Wir sind und bleiben schärfste Gegner jeder Zwangsarbeit.

Notverordnung gegen politischen Terror

Ihre Strafbestimmungen.

Die Strafbestimmungen der neusten Notverordnung gegen den politischen Terror sind zum Teil bereits in der Presse erörtert worden.

Wegen der außerordentlich schweren Strafandrohungen ist es dringend erforderlich, daß jeder Kamerad sich mit dem wesentlichsten Inhalt vertraut macht.

Die Notverordnung gegen den politischen Terror bestimmt folgendes:

I. Todesstrafe gilt für folgende Straftaten:

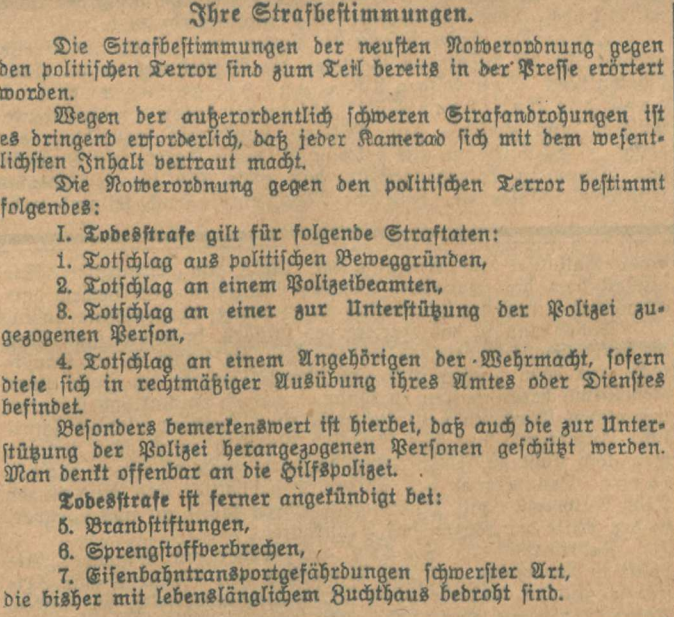
1. Totschlag aus politischen Beweggründen,
2. Totschlag an einem Polizeibeamten,
3. Totschlag an einer zur Unterstützung der Polizei zugezogenen Person,
4. Totschlag an einem Angehörigen der Wehrmacht, sofern diese sich in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes oder Dienstes befindet.

Besonders bemerkenswert ist hierbei, daß auch die zur Unterstützung der Polizei herangezogenen Personen geschützt werden. Man denkt offenbar an die Hilfspolizei.

Todesstrafe ist ferner angekündigt bei:

5. Brandstiftungen,
6. Sprengstoffverbrechen,
7. Eisenbahntransportgefährdungen schwerster Art,

die bisher mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht sind.



Uns ist so kannibalisch wohl,
wie fünfmal hundert Säuen.

Goethe (Faust, Auerbachs Keller).

II. Zuchthaus nicht unter 10 Jahren wird angedroht:

1. Bei Gewalttätigkeiten mit Schußwaffen, sofern der Tod oder die schwere Körperverletzung eines andern oder eines Dritten verursacht wird.

Schwere Körperverletzung liegt vor, wenn der Verletzte ein wichtiges Gebiet seines Körpers, das Sehvermögen auf einem oder beiden Augen, das Gehör, die Sprache oder die Zeugungsfähigkeit verliert, oder in erheblicher Weise dauernd entstellt wird, oder in Siechtum, Lähmung oder Geisteskrankheit verfällt.

2. Wer einen Polizeibeamten oder eine in I, 3, 4 genannte Person in Ausübung ihres Amtes oder Dienstes tätlich angreift, wenn der Angegriffene oder ein Dritter getötet oder durch eine schwere Körperverletzung verletzt wird.

3. Bei Aufruhr gegen Rädelsführer oder solche Beteiligte, die Widerstand oder Beamtennötigung begehen.

Aufruhr liegt vor, wenn bei einer öffentlichen Zusammenrottung Widerstand gegen die Staatsgewalt oder Nötigung eines Beamten mit vereinten Kräften begangen wird.

4. Gegen den, der bei einem Landfriedensbruch Rädelsführer ist, oder eine Gewalttätigkeit gegen Personen begeht.

Landfriedensbruch liegt vor, wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht.

III. Zuchthaus bis zu 10 Jahren ist angedroht:

1. Bei schwerer Körperverletzung aus politischen Beweggründen.

2. Bei gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweggründen.

Letztere liegt vor, wenn eine Körperverletzung mittels einer Waffe, eines Messers oder eines andern gefährlichen Werkzeugs oder mittels hinterlistigen Ueberfalls, oder von mehreren gemeinschaftlich, oder mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung begangen wird. Da bei politischen Zusammenstößen fast immer mehrere gemeinschaftlich handeln, liegt auch fast immer eine gefährliche Körperverletzung vor. Auch ein Koppelschloß oder ein Stock gelten als gefährliches Werkzeug. Es wird also fast bei allen Körperverletzungen Zuchthaus bis zu 10 Jahren in Frage kommen.

3. Bei Widerstand gegen Polizeibeamte oder andre unter I, 3 genannte Personen, wenn durch die Tat auch nur eine einfache Körperverletzung des Angegriffenen oder eines Dritten verursacht worden ist.

Es genügt also, daß eine Ohrfeige gegen eine der vorgenannten Personen oder ein Stoß oder dergleichen ausgeführt werden, da dann schon eine einfache Körperverletzung vorliegt. Ferner genügt, wenn z. B. ein Dritter bei einer solchen Widerstandshandlung fahrlässig körperlich mißhandelt wird, also versehentlich einen Stoß oder Fußtritt erhält.

4. Gegen jeden, der sich an einem Aufruhr oder Landfriedensbruch beteiligt, d. h., der bei einer öffentlichen Zusammenrottung teilnimmt, bei der es zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen, oder Widerstand gegen Beamte, oder Nötigung von Beamten mit vereinten Kräften kommt.

5. Gegen den, der aus politischen Beweggründen einen Hausfriedensbruch mit einer Waffe oder gemeinschaftlich mit einem andern oder als Teilnehmer an einer öffentlichen Zusammenrottung begeht.

Hierdurch wird z. B. unter Strafe gestellt, das gemeinschaftliche Eindringen in ein gegnerisches Parteilokal, oder die Verfolgung in die Wohnung eines politischen Gegners, ohne daß es hierbei zu Gewalttätigkeiten zu kommen braucht.

IV. **Mildernde Umstände dürfen in keinem der vorstehenden Fälle mehr zugebilligt werden.**

Mindeststrafe ist demnach bei politischen Zusammenstößen meist 1 Jahr Zuchthaus, bei Körperverletzung oder Rädelsführerschaft anläßlich eines Landfriedensbruchs 10 Jahre Zuchthaus, ebenso bei Tätlichkeiten gegen Polizeibeamte.

Diese Bestimmung ist besonders einschneidend.

V. Zuständig für die Aburteilung ist grundsätzlich das **Sondergericht.**

VI. Gleichzeitig ist der Burgfrieden bis zum 31. August 1932 verlängert. Das Demonstrationsverbot bleibt bestehen.

VII. **Das Sondergerichtsverfahren** gilt für die Bezirke der Berliner Landgerichte und für die Oberlandesgerichtsbezirke Königsberg, Breslau, Kiel, Hamm, Düsseldorf und den Landgerichtsbezirk Elbing.

Zuständig ist das Sondergericht allgemein für alle in Frage kommenden politischen Straftaten sowie für Waffendelikte. Die Sondergerichte entscheiden in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei richterlichen Beisitzern, also ohne Laienbeisitzer. Ein Gerichtsstand ist auch bei dem Sondergericht begründet, in dessen Bezirk der Beschuldigte ergriffen wird oder sich in Haft befindet.

Die Ablehnung eines Richters ist wesentlich erschwert. Dies darf jedoch nicht davon abhalten, bei irgendwelchen Bedenken einen Richter wegen Befangenheit abzulehnen.

Die Ladungsfrist beträgt drei Tage, sie kann auf 24 Stunden herabgesetzt werden, so daß eine ausreichende Vorbereitung der Termine durch die Verteidigung nur möglich ist, wenn sofort nach jeder Festnahme eine Meldung in der Organisation erstattet wird. Das Sondergericht kann die Erhebung von Beweisen ablehnen, wenn es diese für die Aufklärung der Sache für „nicht erforderlich" hält. Ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Sondergerichte gibt es nicht. Das Urteil kann also sofort vollstreckt werden. Insbesondere gilt dies bei der Todesstrafe. Der Wegfall jedes Rechtsmittels macht diese Institution besonders gefährlich. —

Neues Wahlrecht?

Von Dr. Helmut Klotz

Es ist bekannt, daß das geltende Wahlrecht Mängel aufweist, die zu einer Entfremdung des Gewählten von den Wählern und zu einer Zersplitterung des Parteiwesens führen. Es wird Aufgabe der Wahlreform sein, das verfassungsmäßig festgelegte System der Verhältniswahl aufrechtzuerhalten, aber zugleich eine engere Beziehung des Abgeordneten zu den Wählern sicherzustellen.

Reichskanzler Hermann Müller† bei seinem Regierungsantritt am 3. Juli 1928.

Daß das deutsche Wahlrecht einer dringenden und grundlegenden Reform bedarf, wird heute eigentlich nur noch von solchen bestritten, die dem „Gesetz der Trägheit" in ganz besonderm Maße unterworfen sind oder aber von einer Verbesserung des Wahlsystems die Verschlechterung ihrer Chancen erwarten und befürchten. So kommt es, daß die meisten Gegner der Wahlreform im Lager der Mandatsinhaber zu suchen und zu finden sind, ziemlich gleichmäßig verteilt über alle Parteien hinweg, und unterstützt durch jene, die, wie man es im militärischen Leben geradezu symptomatisch bezeichnet hat, „nach der Ochsentour" dereinst ins Parlament einzurücken hoffen.

Der Verfassungsminister der — noch nicht einmal geschäftsführenden! — Reichsregierung von Papen hat in selten geschmackvoller Weise, wie sie nun einmal nur noch bei den Aristokraten des Blutes anzutreffen ist, den 11. August dazu benutzt, über seine Gedanken zur Wahlreform zu sprechen. Soweit er hierbei in Projekten sich erging, die eine eindeutige Aenderung der Reichsverfassung bedeuten und zu deren Verwirklichung somit die Zweidrittelmehrheit im Reichstag erforderlich ist, können wir uns die Diskussion ersparen: die von ihm erstrebte Heraufsetzung des Wahlalters werden allein schon die Nationalsozialisten, die sich an der Verhetzung der Jugend doch großgemästet haben, verhindern, die „Erste Kammer" aber scheitert an uns.

Etwas ganz andres ist es mit den seitens des Herrn von Gayl in seiner Rede erwähnten (aber keineswegs von ihm erfundenen) Plänen zur Wahlrechtsreform, die sich innerhalb des Artikels 22 der Reichsverfassung halten. Hier ist eine rechtzeitige und — vor allem — vorurteilslose Diskussion geboten, auch wenn die Tatsache, daß, wie in diesem Falle, die uns feindlichen Herren der schwärzesten Reaktion sich unsrer Gedanken bemächtigt und die von uns gerügten Mängel zu ihren eignen gemacht haben, uns Zurückerhaltung auferlegt und uns mit höchstem Mißtrauen zu erfüllen geeignet ist. Diese Umstände jedoch dürfen uns nicht dazu veranlassen, den Kopf in den Sand zu stecken und uns gegen Fortentwicklungen zu sperren, sofern diese Fortentwicklungen sich als echte erweisen.

Dies aber ist der Fall! — Es ist ein Irrtum, anzunehmen, als wäre die (mit Recht bekämpfte) „lange und gebundene Liste" zwangsläufig gegeben durch die in der Reichsverfassung festgelegte „Verhältniswahl"; die „Liste" stellt lediglich eine der möglichen Methoden der Verhältniswahl dar, und zwar, wie sich inzwischen mit erschreckender Deutlichkeit ergeben hat, eine der unzweckmäßigsten Methoden. Ebenso falsch ist es, wenn — oft aus sehr durchsichtigen Gründen — die Behauptung verbreitet wird, als würde der Gedanke der „Persönlichkeitswahl" statt der „Listenwahl" gegen die Verfassung verstoßen und einen Rückfall in dunkle Vergangenheiten bedeuten: „Persönlichkeitswahl" und „Verhältniswahl" lassen sich durchaus miteinander vereinbaren, und die Möglichkeit des sogenannten „Ein-Mandat-Wahlkreises" innerhalb des Systems der Verhältniswahl ist längst klargestellt und bejaht worden!

Ob allerdings die Verhältniswahl den heutigen Notwendigkeiten entspricht, ob das „System der absoluten Mehrheit" (wie es im kaiserlichen Deutschland bestanden hat und u. a. in England zurzeit noch besteht) günstigere Resultate erzielen könnte, ob einem dritten System der Vorzug zu geben ist, das alles sind Fragen, deren Diskussion müßig ist, nachdem die Reichsverfassung das System der Verhältniswahl nun einmal bestimmt hat und irgendwelche Möglichkeiten zur Aenderung der Reichsverfassung nicht offenstehen. Es geht daher lediglich darum, was innerhalb der Reichsverfassung, das aber heißt: innerhalb des Verhältniswahlsystems verbessert werden könnte.

Und hier stehen drei Gesichtspunkte zur Prüfung:

a) Sollen Maßnahmen getroffen werden, um der Zersplitterung der Stimmen und damit der Bildung von Splitterparteien und Interessentengruppen entgegenzuwirken?

b) Soll mit dem Wahlrecht die Wahlpflicht verbunden werden?

c) Sollen die großen Wahlkreise in kleine Wahlbezirke aufgeteilt und soll der Aktionsradius der Reichsliste eingeengt werden?

Zu a: Jede Maßnahme zur Eindämmung der Stimmenzersplitterung ist zu unterstützen. Wieweit allerdings heute, nachdem die letzten Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen das (zumindest „vorläufig vollstreckbare"!) Todesurteil über die Splitterparteien gesprochen haben, Maßnahmen dieser Art noch erforderlich sind, ist eine zweite Frage, — eine Frage, die übrigens im Falle ihrer Bejahung durch einfache Aenderung technischer Vorschriften zu lösen wäre.

Zu b: Die Forderung, das Wahlrecht zur Wahlpflicht umzugestalten, hat etwas Bestechendes an sich. Praktisch aber dürfte hiervon nichts zu erwarten sein; wir vermögen nun einmal keine Bereicherung des politischen Lebens darin zu erblicken, daß man die „berufsmäßigen Nichtwähler" aus ihrer Uninteressiertheit aufscheucht. Es ist anzunehmen, daß jemand, der zur Stimmabgabe gezwungen wird, nunmehr lediglich seinen „Gefühlen" durch Abgabe eines ultra-radikalen Stimmzettels Ausdruck gibt; das aber hat mit „politischer Willensgestaltung" nichts mehr zu tun.

Zu c: Das heute bestehende System der großen Wahlkreise bedingt für die führenden Parteien die Aufstellung langer Kandidatenlisten. Diese langen Listen (und oft genug auch noch dazu die Art ihrer Aufstellung!) haben eine wachsende Entfremdung zwischen den Wählern und ihren Gewählten erzeugt. — Es wird, wie uns bekannt ist, dieser Ansicht mit Vorliebe das Argument entgegengestellt, daß etwa für die sozialdemokratischen Wähler die „politische Idee" entscheidend sei und nicht der „Gesichtspunkt der nebelhaften Persönlichkeit". Wir bestreiten durchaus nicht, daß die „politische Idee" das Vorrecht genießt; wir wissen aber auch, daß es dem Wähler durchaus nicht gleichgültig ist, welche „Persönlichkeit" und welcher Abgeordnete diese Idee verkörpert und für diese Idee kämpft. Es sei offen ausgesprochen: Wir gewinnen neue Menschen für unsre Sache nur dann, wenn wir nicht die „lange und unpersönliche Liste nominieren", sondern kraftvolle Persönlichkeiten und kämpferische Menschen vor die Front stellen. — Menschen, die auf Grund ihrer seelischen Robustheit und ihres jeden Widerstand niederbrechenden Tatwillens als Führer sich auswirken, — ungehemmt und unbeeinflußt durch Alterserscheinungen irgendwelcher Art.

Ein zweites Moment ist zu beachten: Wir hatten in den vergangenen Jahren und Monaten mehrfach zu beobachten die Gelegenheit, daß beispielsweise die Sozialdemokratie bei „Persönlichkeits"-Wahlen, die gleichzeitig mit „Listen"-Wahlen stattfanden, viel besser abgeschnitten hat. Es sind viele Fälle bekannt, in denen der SPD.-Kandidat etwa für das Amt des Bürgermeisters das Doppelte und mehr an Stimmen bekommen hat, als die SPD.-Liste für die gleichzeitig stattfindende Landtagswahl; wir kennen aber keinen einzigen Fall, für den das Gegenteil (das für die Hitlerpartei chronisch zu sein scheint!) zutrifft. Niemand wird bestreiten, daß auch bei der Bürgermeister-Wahl die „politische Idee" entscheidend ist; der Erfolg für die SPD. lag aber darin begründet, daß sie diese politische Idee mit der Wirkungskraft der „einzelnen" Persönlichkeit zu verkoppeln verstanden hat.

Schließlich sind wir berechtigt, bei einer relativen Verselbständigung der verkleinerten Wahlkreise damit zu rechnen, daß die Auswahl der einzelnen Kandidaten nun endlich nach höheren Gesichtspunkten erfolgt, das aber heißt nach ihrer Berufung zu Führern einer politischen Kampfbewegung: der Abgeordnete wird enger und „persönlicher" mit seinem Wahlkreis und mit seinen Wählern verbunden und er wird als der rechte Mann am rechten Platz in ungleich höherem Maße als bisher die Positionen seiner politischen Kampfbewegung ausbauen und erweitern.

Und die Reichsliste? Sie soll bleiben, denn sie gewährt den Parteivorständen die Möglichkeit zur Erweiterung der Reihen der Abgeordneten nach Gesichtspunkten, die die Fraktion als Ganzes betreffen; ob allerdings nicht der Aktionsradius der Reichsliste zugunsten der Wahlkreise eingeengt werden soll, ist eine zweite Frage. —

Würdelos

Ein Musterbeispiel dessen, was das deutsche Volk zu erwarten hätte, wenn die Partei für deutsche Zucht, deutsche Ehre, deutsche Ordnung und deutsche Sittlichkeit ans Ruder gekommen wäre, geht aus einem Urteil des Bayrischen Obersten Landesgerichts hervor. Ein Kandidat der Nationalsozialistischen Partei war für die Wahl zum Stadtrat aufgestellt und hatte eine ehrenwörtliche Erklärung unterzeichnen müssen, deren entscheidende Ziffern wie folgt lauten:

Ziffer 8: „Ich verpflichte mich auf Aufforderung des Untergauführers von Mittelfranken, dessen Stellvertreters oder von diesem beauftragten Fraktionsführers von meinem Mandat als Stadtrat zurückzutreten";

unter Ziffer 9: „Sollte ich meine ehrenwörtlich abgegebene Erklärung in irgendeinem der angegebenen Punkte verletzen, dann erkläre ich mich damit einverstanden, daß ich öffentlich in Wort und Schrift als ehrlos, als wortbrüchiger Lump, als Schuft, als Verräter bezeichnet werden darf."

Infolge Differenzen mit den Parteiinstanzen wurde der Betreffende aus der Partei ausgeschlossen und hatte sich einer andern Partei als Hospitant angeschlossen. Daraufhin war er in einem Artikel im „Stürmer" als Lump, als Schuft und Verräter bezeichnet worden. Das Bayrische Oberste Landesgericht hat ausgeführt, daß die Ziffer 8 dieses Reverses im hohen Maße gegen die guten Sitten verstößt und es nicht nur würdelos ist, ein solches Versprechen zu geben und zu verlangen, sondern auch die Vereinbarung eines derartigen Willenszwangs dem allgemein anerkannten Begriff von Recht und Sitte widerspricht.

Das ist die Partei, die von der Regierung Schleicher-Papen nach jeder Richtung hin gefördert wird. Dem deutschen Volke könnte nichts Schlimmeres geschehen, als wenn diese Partei ihre Anschauungen von Recht und Sitte verwirklichen könnte. —n.

Diktatur in Venezuela

Von

William Schmidt.

Den ersten Vorgeschmack der faschistischen Regierung Venezuelas bekam ich bereits in Curaçao, der kleinen holländischen Insel im Karibischen Meer. Mein erster Weg war zum venezuelischen Konsulat, um mir das Visum für Venezuela zu holen. Im Warteraum des Konsulats saßen bereits einige Reisende, die zu demselben Zweck wie ich hierhergekommen waren. Ein junger Konsulatsbeamter nahm mir meinen Paß ab und bedeutete mir, zu warten. Ich saß auf der Bank, rauchte eine Zigarette und stierte, beeinflußt durch die schlaffe, tropische Hitze, gedankenlos zum Konsulatsraum herüber. Ei der Teufel nochmal, was war denn das? Was sah ich dort an der Wand? Ich traute kaum meinen Augen. Da hing ja in einem prächtigen Goldrahmen der deutsche Kaiser Wilhelm in Lebensgröße. Ich starrte wieder auf das Bild. Es war kein Zweifel, ich irrte mich nicht. Der Mann auf dem Bilde mit der deutschen Uniform, der stolzen Haltung, dem aufgedrehten Schnurrbart, den blitzenden Augen, die Hand auf den Herrscherstab gelehnt, war ohne Zweifel Wilhelm der Zweite. Wie war das möglich? Hatte Wilhelm derartige Sympathien bei den Venezuelern, daß man sogar sein lebensgroßes Porträt im Konsulat aufhängte? — Und diese beängstigende Ruhe unter den Wartenden, die in der Hauptsache Eingeborne, dem Anschein nach Venezueler zu sein schienen. Ich hatte das Gefühl, mich auf einer vorkriegszeitlichen Polizeistation in Deutschland zu befinden. Als ich mich nach all den Wartenden umblickte, gewahrte ich einen Ausländer auf einer der Bänke. Er schien mich beobachtet zu haben, und sagte plötzlich zu mir: „Der deutsche Kaiser scheint hier noch sehr beliebt zu sein." Ich nickte nur und lachte.

Später, als ich meinen Paß mit dem Visum erhielt, und den Konsul fragte, aus welchem Grunde man denn das Porträt des abgesetzten deutschen Monarchen hierherhänge, sah er mich recht überrascht an und erwiderte in vorwurfsvollem Ton: „Mein Herr, kennen Sie nicht General Gomez, den Präsidenten von Venezuela?" Ich glaube, daß ich das dümmste Gesicht der Welt gemacht habe und mich schnell ohne Erwiderung aus dem Konsulat entfernte. Dem Engländer erging es nicht viel besser.

Später, als ich schon länger in Venezuela verweilte, erlebte ich noch die tollsten Sachen dieses südamerikanischen Diktators, den man nicht anders als den General Gomez nennt, wenn man von ihm spricht oder vielmehr nur flüstert und sich dabei vorsichtig umschaut, ob nicht einer der vielen Spione des Präsidenten gerade in der Nähe steht. Siebenundzwanzig Jahre regiert der alte Gomez Venezuela mit eiserner Faust, und oft genug schon hat man versucht, ihn umzubringen, jedoch ohne Erfolg. Sein Spionagenetz ist so ausgezeichnet organisiert, daß es unmöglich ist, ihm etwas anzuhaben. Tausende angesehener Bürger schmachten wegen politischer Vergehen bereits seit Jahren in San Carlos, einem alten, schon von den Spaniern erbauten Fort auf einer Halbinsel am Eingang der Bucht von Maracaibo. Sie müssen dort die schwersten Arbeiten verrichten und siechen dort allmählich unter der mörderisch brennenden Tropensonne dahin.

Fährt man in das Innere des Landes, so staunt man über die herrlichen, zementierten Landstraßen, die jedoch in der Hauptsache nur dazu gebaut sind, um schnell Truppen im Falle einer Revolution heranschaffen zu können. Als ich einmal von Caracas mit einem Mietauto nach Valencia fuhr, stoppten plötzlich sämtliche Automobile auf der Straße. Weshalb nur? Die Ursache war noch nicht zu sehen. Aber da hörte man es schon. Tatü, tata! Das Signal des Diktators erschallte, und ein ganzer Troß Automobile mit Maschinengewehren sauste an uns vorüber, in der Mitte der Wagen des Präsidenten.

Fabrikation von Säcken war früher ein lohnendes Geschäft in Venezuela und gab Tausenden von Menschen eine Existenzmöglichkeit, da viele Säcke für die Landesprodukte, wie Kaffee, Kakao, Mais und Zucker, gebraucht wurden. Aber der geldgierige Präsident ließ sämtliche Betriebe schließen, errichtete eigne Fabriken, in denen seine politischen Gefangenen kostenlos arbeiten mußten.

Noch vor sechs Jahren besaßen alle Segelschiffe von 200 bis 1000 Tonnen, die in den See von Maracaibo hineinfuhren, kleine Motoren, die es ihnen ermöglichten, wegen der dort herrschenden Windstille ohne Segel zu fahren. General Gomez, der ein riesiges Geschäft witterte, gab ein Gesetz heraus, in dem er keinem Segelschiff erlaubte, einen Motor zu führen oder ihn zu benutzen. Er schaffte sich eine ganze Flotte von Schleppern an, und seit dieser Zeit ist jeder Segler gezwungen, für teures Geld davon Gebrauch zu machen.

In allen Städten des Landes gibt es Spielhallen, in denen Roulett gespielt wird. Alle gehören dem Präsidenten, der bei der Spielwut seiner Untertanen ein ausgezeichnetes Geschäft damit macht.

In keinem Lande der Welt ist die Polizei so gut über die Reisen ihrer Bewohner unterrichtet wie in Venezuela. Ueberall auf den Landstraßen, wo Autobusse verkehren, denn Eisenbahnen gibt es nur wenige, wird eine starke Kontrolle ausgeübt. Vor jeder kleinen Stadt stehen Polizisten, die den Namen eines jeden Reisenden aufschreiben und seinen Paß zur Einsicht verlangen.

Auch Wehrpflicht gibt es. Sie betrifft zwar nur die arme Bevölkerung. Wenn es dem Präsidenten gerade einfällt, so schickt er seine Häscher aus, und plötzlich werden junge Burschen bei der Arbeit auf den Feldern oder auf der Straße ergriffen und somit gezwungen, einige Jahre Soldat zu spielen.

Bei Wegebauten und Straßensäuberungen sieht man Trupps von Gefangenen in Begleitung schwerbewaffneter Polizisten. Jeder Gefangene schleppt eine schwere, um das Fußgelenk geschmiedete Eisenkugel hinter sich her. Abgerissen und elend sehen die Aermsten aus, die Kleider hängen in Fetzen vom Leibe. Einmal traf ich sogar einen Deutschen unter einem solchen Trupp Gefangener. Es war ein Seemann, den man wegen Trunkenheit zu vier Wochen Haft verurteilt hatte. Er schilderte mir entsetzliche Zustände aus dem Gefängnis. Auf nackten Steinplatten schlafen die Gefangenen, alles starrt vor Schmutz, Hygiene ist unbekannt. Verpflegung gibt es nicht. Wer von seinen Angehörigen oder Freunden nichts erhält, muß verhungern oder ist auf das Mitleid seiner Leidensgenossen angewiesen. Prügelstrafen wegen leichter Vergehen finden täglich statt. Dieser arme Deutsche, für den, wie ich hörte, der deutsche Konsul sich nicht in genügender Weise bemühte, da er nur ein Arbeiter war und nicht zur Bourgeoisie gehörte, hat seine vier Wochen abreißen müssen.

Der Staat Zulia, in dem die Oelstadt Maracaibo liegt, der zweitgrößte Oelplatz der Welt, wird vom Gouverneur Perez Soto regiert, einem Günstling des Präsidenten. Ein Herr mit sehr dunkler Hautfarbe, die sehr gut mit seinem schwarzen faschistischen Hemd, das er stets trägt, harmoniert. Dieser Herr, dessen Vorfahren unzweifelhaft aus Afrika stammen und dort in Kaffernkrals hausten, erließ eines Tages ein Gesetz, in dem es verboten war, ohne Jackett über die Straße zu gehen, eine Zumutung, bei einer Temperatur von vierzig Grad. Wahrscheinlich hatte dieser Herr etwas von Mussolinis Verordnungen in Italien gehört. Die Folge war, daß die meisten Ausländer, hauptsächlich Amerikaner und Engländer, verhaftet wurden. Erst den wochenlangen Bemühungen des amerikanischen Konsulats gelang es, dieses kuriose Gesetz wieder aufzuheben.

Und wie sieht es in den kleinern Städten Venezuelas aus. Die Straßen sind ungepflastert und voller Dreck. Die Regierung hält es nicht für notwendig, sie pflastern zu lassen. Solange es eben geht und die hohen Steuern einfließen, wozu unnütze Ausgaben machen. Das Volk ist ja gewohnt, im Dreck zu leben. Ueberall belästigen Bettler den Passanten. Menschen mit allerhand Krankheiten, mit fliegenbedeckten offnen Wunden, Erblindete, Fieberkranke und alte Leute, die erwerbsunfähig sind. Wer kümmert sich in Venezuela um Altersrente, Invalidenrente oder Arbeitslosenunterstützung? Das sind Sachen, die ins Märchenland gehören.

Der Handel liegt hauptsächlich in deutschen Händen. Große deutsche Geschäftshäuser mit vielen Angestellten, die teilweise als Verkäufer und im Büro tätig sind. Sie haben zwei bis drei Jahre ihren Kontrakt zu erfüllen, nach dessen Ablauf sie wieder, wenn sie ihn nicht erneuern, nach Deutschland zurückkehren. Dabei sind sie so mäßig bezahlt, daß es ihnen nicht einmal gelingt, sich in dieser Zeit etwas zu ersparen. Die Herren Chefs sind alle von deutschnationaler Gesinnung, immer sieht man an Festtagen die alte schwarzweißrote Flagge stolz über den Dächern ihrer Häuser wehen, und das Innere ihrer Büros ist mit Porträts deutscher Kaiser und Fürsten geschmückt. Auch des Kaisers Geburtstag begeht man noch alljährlich mit großer Festlichkeit.

Als ich einmal in Caracas am Regierungspalast des Präsidenten vorbeiging, erblickte ich im Portal des Hauses eine ganze Garde schwarzer Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett in strammer Haltung stehen. Es wurden unwillkürlich Erinnerungen an wilhelminische Zeiten in mir wach.